



kurz berichtet

Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Ausgabe September 2006 - I

Inhalt:

1. Die Fachhochschule feiert
2. Aus dem DGB Landesvorstand
3. Kriminalbeamte in Busse und Bahnen!
4. Dietmar Muscheid zum Entwurf des Haushaltsgesetzes
5. Gerechtigkeit und Freiheit
6. Übernahmegarantie: „Leistungsanreize“ auf bayerisch
7. Die so genannte Zeckenimpfung ist beihilfefähig
8. Auskunftssperre in EWOIS: Korrekturen in Aussicht
9. Die gute Nachricht: Es ist noch Geld da

1. Die Fachhochschule feiert



Seit 25 Jahren existiert der Fachbereich Polizei innerhalb der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung. Der Start erfolgte auf dem mit vielen positiven Erinnerungen besetzten Asterstein in Koblenz. Seit nunmehr 10 Jahren ist unsere FH auf dem Hahn – damals noch in großer Einsamkeit, heute ein boomendes Wirtschaftsgelände. 299 Anwärtnerinnen und Anwärtler legten in einer feierlichen Stunde mit Staatssekretär Roger Lewentz ihren Eid auf die Verfassung ab.

Bei diesem Tag der offenen Tür konnte der Leiter des Fachbereichs und der Landespolizeischule Klaus-Jörg Weidmann über 6.000 Gäste begrüßen. Viele Kolleginnen und Kollegen führten den Besuchern den Leistungsstand der Polizei vor – unser Foto zeigt Übungen der Kradfahrer.

Eine rundum gelungene Veranstaltung!

www.gdp-rp.de

@: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

06131-96009-0 06131-96009-99



2. Aus dem DGB Landesvorstand

Der DGB plant eine Veranstaltung mit Annelie Buntenbach (DGB-Bundesvorstand) zur **Gesundheitsreform**. Der geplante **Gesundheitsfond** führt nach Auffassung vieler Experten zu einer zweiten Bürokratieebene, da die Kassen verpflichtet werden, weiterhin eigene Beiträge in Höhe von 5 % zu erheben. Es wird bezweifelt, ob die Verschiebung der Reform vom 1.1.2007 auf den 1.4.2007 ausreicht, um die Reform umzusetzen. Die Vorgabe, bis Ende 2008 alle **Schulden** der Kassen abzubauen, würde in Rheinland-Pfalz zu einer Anhebung der Beitragssätze von ca. 2 % führen und die Arbeitnehmer weiter belasten.

Zum 21. Oktober plant der DGB bundesweite **Protestkundgebungen** zur "**Zukunft der sozialen Sicherung**". Die GdP RP wird sich an der Kundgebung in Frankfurt beteiligen.



Ver.di wird zur Aufhebung der **Ladenschlusszeiten** eine Unterschriftenaktion starten. Der Widerstand kommt nicht nur von den Gewerkschaften, sondern auch vom Einzelhandelsverband. Kleine Geschäfte würden massiv benachteiligt, da sie die längeren Öffnungszeiten nicht bezahlen können - profitieren werden die Märkte auf der 'grünen Wiese', was zur weiteren Verödung der Innenstädte führen dürfte.

Der DGB RP unterstützt die Landesregierung bei ihrem Ziel, das **Erststudium gebührenfrei** zu halten. Die Einführung der Studiengebühren in den Nachbarländern führte bereits jetzt zu einem Ansturm auf die rheinland-pfälzischen Universitäten. Dem will die Landesregierung durch eine 'Landeskinderregelung' entgegen wirken. Die Gebührenfreiheit soll nur für Studenten gelten, die in RP gemeldet sind. Trotz aller Probleme, die dies bereitet, unterstützt der DGB auch diesen Vorschlag.



Die GdP RP hat auf ihrem Landesdelegiertentag auf die **Föderalisierung** des Beamtenrechts reagiert und einen eigenen Fachausschuss Beamtenrecht gegründet. Der DGB RP schließt sich dem an und wird den bereits existierenden **DGB-Beamtenausschuss** für die Verhandlungen mit der Landesregierung neu aufstellen. Nach dem Gespräch mit dem **Wirtschaftsminister** Hendrik Hering bereitet der DGB weitere Gespräche mit dem **Innen- und dem Finanzminister** vor - insbesondere wollen wir wissen, welche Absichten die Landesregierung nach der Föderalisierung des **Beamtenrechts** hegt und wie die Umsetzung des **Tarifvertrags** geplant ist.

Die GdP wird im DGB-Vorstand durch die Koll. Alfons Meyer und Ernst Scharbach vertreten.



3. Kriminalbeamte in Busse und Bahnen!

31.07.2006, 14.40 Uhr: Ein Zugbegleiter findet in einem Triebwagen im Koblenzer Hauptbahnhof den später als Sprengstoffbombe identifizierten Koffer. Spätestens seit diesem Fund wird den Menschen in Rheinland-Pfalz klar, dass die Todesgefahr durch einen terroristischen Anschlag sehr real werden kann.

Die Polizei in Rheinland-Pfalz hat sich in den letzten Jahren zur Bekämpfung des internationalen (islamistischen) Terrorismus gut aufgestellt. Die gewonnenen Erkenntnisse konnten leider nicht zur Beruhigung beitragen.

Derzeit sprudeln viele Vorschläge zum besseren Schutz vor terroristischen Anschlägen aus offiziellen Verlautbarungen. Neben der Optimierung der Ermittlungssituation (Anti-Terror-Datei) und der technischen Möglichkeiten (Videoüberwachung) steht das Erkennen von verdächtigen Personen und Sachen durch persönliche Wahrnehmung im Mittelpunkt aller präventiven Bemühungen. Tatsächlich zeigen Fahndungserfolge immer wieder, dass das geschulte Auge, gepaart mit kriminalistischem Denken, niemals durch technische Raffinessen ersetzt werden kann.



Seit einigen Jahren gibt es die vertragliche Vereinbarung zwischen dem ÖPNV und u.a. den Ländern RP und BW, die es Beamtinnen und Beamten in Uniform ermöglicht, kostenfrei mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren. Diese Regelung veranlasste zahlreiche Kolleginnen und Kollegen zum Umstieg vom Auto in den ÖPNV. Die gewünschten Effekte, Verbesserung der objektiven Sicherheit und des subjektiven Sicherheitsgefühls der Fahrgäste, wurden erreicht.

Die Kriminalbeamtinnen und Kriminalbeamten in Rheinland-Pfalz wurden in vielen Jahren (Durchschnittsalter!) Kriminaldienst zu erfahrenen Ermittlern. Verdachtschöpfung gehört zu den Grundlagen der kriminalistischen Ausbildung, Fahndung zu den Alltagsaufgaben. Seit dem 11.9. 2001 erreichen uns umfangreiche Informationen zu Personen und Sachverhalten, viele Kolleginnen und Kollegen waren in Einsätze, Sonderkommissionen und Arbeitsgruppen eingebunden.

Im Ergebnis liegt ein Potential von mehreren Hundertschaften Kriminalbeamtinnen und Kriminalbeamter brach, das durch die tägliche Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln zum Dienst und später zum Wohnort eine Vielzahl gefährdeter Orte und relevanter Personen in Augenschein nehmen könnte. Durch eine Erweiterung der o.a. Verträge um die kostenfreie Benutzung von Bussen und Bahnen durch die Kriminalpolizei würde eine große Zahl Kriminalisten





unmittelbar den ÖPNV nutzen. Dies ergab eine Thematisierung des Vorschlages in der Belegschaft. Nach ersten Gesprächen mit Verantwortlichen des ÖPNV in der Metropolregion Rhein-Neckar kann man von einem starken Interesse der Verkehrsverbände ausgehen.

Selten besteht die Gelegenheit, die richtigen personellen Ressourcen in diesem Umfang „kostenfrei“ einzusetzen. Nun ist sie da.

In den Zügen in Madrid kamen die Maßnahmen für viele Menschen zu spät, in Koblenz hatten wir einfach nur Glück. Die Zeit drängt!

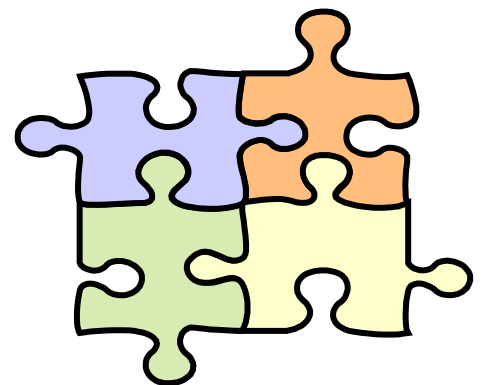
Gerald Gouasé, Beisitzer Kriminalpolizei im Landesvorstand

4. Dietmar Muscheid zum Entwurf des Haushaltsgesetzes

Anlässlich der Vorlage des rheinland-pfälzischen Doppelhaushalts für die Jahre 2007 / 2008 kritisiert der Vorsitzende des DGB **Dietmar Muscheid** die Einschnitte bei den Beamtinnen und Beamten: *„Für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und hier speziell die Beamtinnen und Beamten bringt der Haushalt nichts Positives. Die vorgesehenen Besoldungserhöhungen von 0,5 % p.a. bedeuten unter Berücksichtigung der Inflation faktisch eine Gehaltskürzung.“*

GdP-Vorsitzender **Ernst Scharbach**: *„Durch die Mehrwertsteuererhöhung werden gerade die unteren und mittleren Einkommensgruppen überproportional belastet. Die zusätzliche Absenkung der Bezahlung von Berufsanfängern z.B. bei Lehrerinnen und Lehrer sowie Polizistinnen und Polizisten kommt noch dazu. Hier werden gerade die Beschäftigten getroffen, die für die Umsetzung wichtiger Zukunftsvorhaben gebraucht werden. Dies ist ein völlig falsches Signal und kontraproduktiv. Wir fordern die Landesregierung im Interesse der Beschäftigten aber auch unseres Landes auf, diese Vorhaben noch einmal zu überdenken.“*

DGB und GdP befürchten, dass die Besoldungssenkung von der A 9 auf die A 8 in Kombination mit dem von Innenminister Karl Peter Bruch geplanten Wegfall der Übernahmegarantie für die AbsolventInnen der FH die Attraktivität für den rheinland-pfälzischen Polizeidienst sinken wird. In anderen Bundesländern gibt es freie Heilfürsorge und die Lebensarbeitszeit liegt nach wie vor bei 60 Lebensjahren. In Mainz sind schon mehrere Fälle bekannt, in denen sich am Polizeiberuf Interessierte nicht in Rheinland-Pfalz, sondern in Hessen beworben haben.



Heinz Werner Gabler: *„Gerade im Hinblick auf die demographische Entwicklung befürchten wir massive Probleme bei der Nachwuchswerbung! Diese Fehler werden uns in wenigen Jahren bitter aufstoßen.“*



5. Gerechtigkeit und Freiheit

Zur Grundsatzdebatte der CDU äußert sich deren früherer Generalsekretär **Heiner Geißler** in der **FRANKFURTER RUNDSCHAU**:

FR: „Die CDU hat die Suche nach diesen Antworten unter das Motto gestellt: Mehr Gerechtigkeit durch mehr Freiheit. Merkel hat sich dazu erneut bekannt.“

Heiner Geißler: „Die Überschrift ist falsch. Wir bekommen keine Gerechtigkeit durch mehr Freiheit. Freiheit haben wir genügend – die Freiheit der großen Konzerne, Riesengewinne zu machen und Zehntausende von Menschen auf die Straße zu setzen. Was wir dringend brauchen ist mehr Verantwortung bei allen, die Macht und Einfluss haben. Es gibt keine Priorität der Grundwerte. Freiheit ist nicht wichtiger als Gerechtigkeit. Beide sind gleichwertig. Ein Arbeiter wird keine guten Autos herstellen, wenn er für einen Hungerlohn arbeiten muss. Am meisten gefährdet ist heute die Solidarität: Zwischen den Jungen und Alten, West und Ost, Reich und Arm, Mensch und Natur, Männern und Frauen.“

6. Übernahmegarantie: „Leistungsanreize“ auf bayerisch

49 Bewerber für freie Stellen in Grundschulen haben eine Stelle erhalten – 518 fertig ausgebildete LehrerInnen bekamen eine Absage. Alle, die schlechter als mit der Note 2,2 abgeschlossen haben, wurden damit als Lehrer in Bayern abgewiesen. Dabei sucht die bayerische Landesregierung eigentlich händeringend nach Nachwuchslehrern: Erst im Frühjahr 2006 war Schulminister Siegfried Schneider (CSU) nach Österreich gereist und hatte für seine Schulen geworben. 86 Junglehrer aus Österreich werden eine Stelle erhalten.

Was geht da nur in den Köpfen mancher Politiker vor?

7. Die so genannte Zeckenimpfung ist beihilfefähig

Gemäß einem Rundschreiben des Finanzministeriums vom 14.06.2006 sind FMSE-Schutzimpfungen beihilfefähig.

Text des Rundschreibens:

„Aufwendungen für Schutzimpfungen sind grundsätzlich nur beihilfefähig, wenn die Impfung aufgrund einer Empfehlung der ständigen Impfkommission am Robert-Koch-Institut im Einzelfall angezeigt ist. Abweichend hiervon bitte ich, im Vorgriff auf eine Änderung der VV die Aufwendungen für FMSE-Schutzimpfungen ab sofort auch dann anzuerkennen, wenn die in der VV geforderten Voraussetzungen nicht vorliegen. Dies gilt auch für vor dem heutigem Tag entstandene Aufwendungen, soweit über diese noch nicht abschließend entschieden ist.“

Heinz Werner Gabler: „Damit ist klar, dass die Zeckenschutzimpfung beihilfefähig ist, egal ob man in einem Risikogebiet wohnt oder arbeitet.“



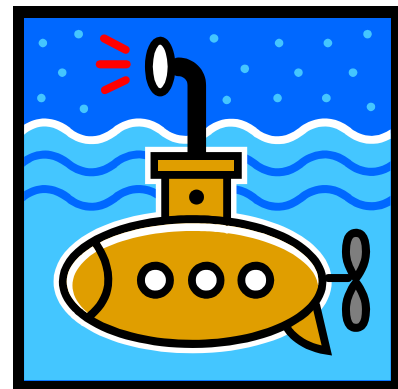
8. Auskunftssperre in EWOIS: Korrekturen in Aussicht

Die GdP hat ihrer Forderung, dass auch bei Gruppen- und Landesabfragen trotz bestehender Auskunftssperre zumindest die EWOIS-Auskunft darüber kommt, dass die Person existiert und mit Auskunftssperre belegt ist, in einem Brief an Innenminister **Bruch** Ausdruck verliehen. Der prompten und detaillierten Antwort ist zu entnehmen, dass mit sinnvollen Korrekturen des letzten EWOIS-Update zu rechnen ist. GdP-Mann **Bernd Becker**: *"Wir sind nach wie vor der Meinung, dass die bestehende Rechtslage die von uns geforderte Verfahrensweise zulässt. Hoffentlich werden die Defizite, die sich verhängnisvoll auswirken können, schnell beseitigt"*. Näheres in der Oktoberausgabe der Deutschen Polizei.

9. Die gute Nachricht: Es ist noch Geld da?

Wir freuen uns mitteilen zu können, dass Deutschland und Israel die Verträge über den Verkauf von zwei U-Booten unterzeichnet haben. Die U-Boote werden im Kieler Howaldtswerk gebaut. Die Bundesregierung hat zugesagt, ein Drittel der Kosten zu übernehmen: 333 Millionen Euro.

Sag ich doch: Es ist noch Geld da!



Auto kaufen?
Verreisen?
PSW 06131/96009-23 oder -31
Internetapotheke: <http://gdp-rp.vitaware.de> (ohne "www").

v.i.S.d.P.:

Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz,
Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz

www.gdp-rp.de

Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de